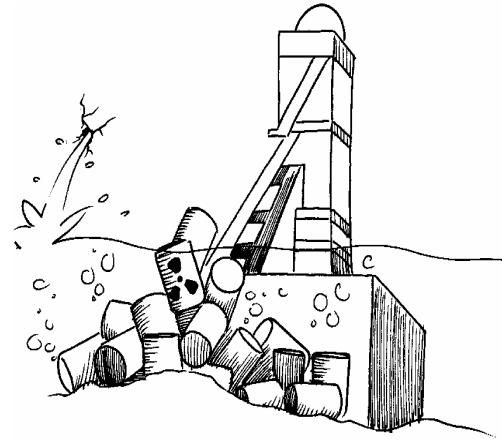


ASSE-II-Koordinationskreis

Kontakt: Udo Dettmann, Tel. 0177 2 00 00 86

PI/PK 06-10-2008



Betreiberwechsel und Optionenvergleich

- Optionenvergleich soll beim Landkreis angesiedelt werden -

Über einen Monat nach der spektakulären Ankündigung des Betreiberwechsels bei ASSE II haben KritikerInnen und Betroffene vor Ort nicht den Eindruck, dass sich der Umgang mit dem desaströs gescheiterten Lager ernsthaft geändert hat: „*Der Betreiberwechsel zieht sich lähmend in die Länge, wir erfahren nichts und viele Menschen habe einfach nur noch das Gefühl: Die Unkultur der Täuschung und Verschleierung geht weiter*“, sagt Michael Fuder vom ASSE-II-Koordinationskreis und setzt dagegen die Forderung: „*Betreiberwechsel sofort und mit Zerschlagung der alten Seilschaften*“. Ohne Zeitverzug müsse mit der Stabilisierung des Bergwerkes begonnen werden. Das Gutachten von Dr. Peter Jordan (CDM Bochum) zeige, dass die bisherigen Aussagen über den Zusammenbruch den Bergwerkes nicht mehr haltbar sind. Mit der Stabilisierung könne und müsse die Zeit offen gehalten werden für einen sorgfältigen, unabhängigen Optionenvergleich bis hin zur Rückholung sämtlicher Abfälle.

Optionenvergleich: Sorgfalt vor Eile !

Klare Forderungen haben die KritikerInnen an den jetzt anstehenden Optionenvergleich:

Die bisherige „Arbeitsgruppe Optionenvergleich“ habe nur das überholte Flutungskonzept bewertet, ein systematischer Vergleich aller Optionen steht noch aus und muss erst beginnen. „*Wir erwarten, dass am Ende des AGO-Prozesses ein fachlicher Vorschlag hierfür steht*“, sagt Udo Dettmann. Auch zukünftig müsse gelten, dass Betreiber und Genehmigungsbehörde beim Optionenvergleich nur eine beratende Rolle spielen. Auch die Mitarbeit des Kernforschungszentrums Karlsruhe als Hauptlieferer und Schadensverursacher sei zukünftig problematisch. Die Geschäftsstelle solle daher auch nicht bei Behörde oder abhängig beteiligter Einrichtung angesiedelt ist. Bewährt hat sich der Landkreis Wolfenbüttel. BMU soll die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen. Als Maßstab kann gelten, dass dem BfS als Betreiber bei KONRAD alleine für seine werbende Öffentlichkeitsarbeit für Infostelle und -Pavillion 4,2 Mill., sowie mehrere Hundertausend € für Personalkosten zur Verfügung hat. **Aufgabe einer zukünftigen Arbeitsgruppe Optionenvergleich müsse es sein**, den Optionenvergleich zu konzipieren und die Beiträge des Betreibers dazu zu bewerten. Bürokratische Sachzwänge und politische Vorgaben dürfen hierbei keine Rolle spielen. Egal welche Option schließlich gewählt werde, müsse auf jeden Fall geklärt werden, welcher Müll tatsächlich in der Asse liegt.

Die Menschen vor Ort haben ein Recht auf Gewissheit

Es gibt eine nachvollziehbare Sorge vieler Menschen, ob Wasser, Luft und Boden radioaktiv belastet sein können. Politische Fernprognosen aus Berlin („Bevölkerung ist akut nicht gefährdet“) sind aufgrund der Vorerfahrungen mit der Wahrheitsliebe des alten Betreibers alleine nicht hinreichend. Jeder hat hier ein Recht auf persönliche Gewissheit. Es ist deshalb unabdingbar, sofort zu klären, welche Messdaten wo von wem erfasst worden sind und diese unabhängig bewerten zu lassen. Zu klären ist, ob es Lücken gibt und sicher zu stellen, dass auch individuelle Ungewissheiten auf Kosten des Betreibers geklärt werden (z.B. Hausbrunnen).

Ausdrücklich melden die Vertreter des Koordinationskreises Zweifel an, ob in der Vergangenheit die Sicherheit der Belegschaft immer erste Priorität gehabt habe: „*Es gibt in der Bevölkerung immer wieder Hinweise auf radioaktive Schlamperien und die Befürchtung, dass Krankheiten mit früheren Strahlenbelastungen im Zusammenhang stehen. Solchen Vermutungen muss nachgegangen werden*“, sagte Peter Dickel.

Die ASSE hat es an den Tag gebracht !

Am Beispiel der ASSE II hat sich gezeigt, was passiert, wenn der Umgang mit Atommüll politischen Vorgaben und wirtschaftlichen Interessen folgt. Über mehr als 4 Jahrzehnte gab es ein sehr ungesundes Wechselspiel zwischen politischen Vorgaben und wissenschaftlichen Aussagen, bei der die Fakten auf der Strecke blieben. Das ist bei Morsleben nicht anders.

Deshalb laden die Endlagerstandorte für **kommenden Freitag, den 10. Oktober um 08.00 Uhr zu einer Kundgebung vor das Endlager Morsleben**. Für 08.30 Uhr hat BMU Gabriel seinen Besuch und wie wir wissen, muss man auf PolitikerInnen aufpASSEn, sagt Peter Dickel. Die Forderung auch hier: Kritische Auseinandersetzung statt Hochglanz-Propaganda.